

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Konsequenzen aus der Finanzkrise ziehen, politische Handlungsfähigkeit stärken**

Es hat sich gezeigt, dass sich die Finanzmärkte entgegen theoretischer Annahmen keinesfalls selbst regulieren. Die Geschäftsstrategie vieler Banken hat sich von der Aufgabe der Finanzierung der realen Wirtschaft weit entfernt. Orientiert an kurzfristiger Gewinnmaximierung und zweistelligen Gewinnmargen entstand ein weitgehend unkontrolliertes, hoch spekulatives und riskantes System aus Finanzierungs- und Verbriefungsgeschäften. Es gipfelte in einer desaströsen Schuldenpyramide, die ohne staatliches Eingreifen den Zusammenbruch des Bankensektors und in dessen Folge der gesamten Wirtschaft bewirkt hätte.

Um das System nachhaltig zu stabilisieren, sind darum neben staatlicher Hilfe ein veränderter Ordnungsrahmen und grundlegende Neuordnungen wie ein Haftungsverbund der europäischen Privatbanken, ein TÜV für Finanzmarktprodukte und eine angemessene Eigenkapitalunterlegung von Verbriefungsgeschäften unverzichtbar. Zweckgesellschaften, die 100%ige Veräußerung von Kreditrisiken ohne Selbstbehalt der Banken und rein spekulative Finanzmarktprodukte darf es nicht mehr geben. Im Aktienrecht ist die Gemeinwohlverpflichtung explizit zu verankern. Die an kurzfristiger Ergebnismaximierung orientierten Anreizsysteme und exorbitanten Vergütungen des Managements haben sich als Irrweg erwiesen. Hohe Vermögen haben die Suche nach spekulativen Geldanlagemöglichkeiten weiter verstärkt. Eine Finanztransaktionssteuer sollte kurzfristige spekulative Geschäfte verteuern und begrenzen. Stabilisierend wirken auch Einkommenssteigerungen für breite Bevölkerungsschichten. Die Forderung nach einem Mindestlohn bleibt auf der Tagesordnung.

Deshalb sind neben energischen, in der EU abgestimmten Schritten zur Stabilisierung des Finanzsektors nachhaltige Maßnahmen zur Bekämpfung der Ursachen der Krise unabdingbar. Ein Maßnahmenpaket der Bundesregierung, das notwendige Investitionen in Bildung, Wissenschaft, Umwelt und Verkehrsinfrastruktur vorzieht und die Länder angemessen beteiligt, ohne sie finanziell zu überfordern, ist sinnvoll.

Zur Minderung der Auswirkungen von Finanzkrise und drohendem Konjunkturabschwung auf Realwirtschaft und Bevölkerung sind neben internationalen und nationalen Hilfen und Regulierungen auch landespolitische Anstrengungen erforderlich. Die Ankündigung des Wirtschaftssenators, bei geplanten Infrastrukturprojekten des Landes die vorzeitige Umsetzung zu prüfen, ist daher eine richtige Reaktion. Die Gespräche mit Vertretern/-innen der in Bremen und Bremerhaven ansässigen Banken und Kammern sind zu begrüßen und müssen ebenso wie die Gespräche mit Unternehmens- und Gewerkschaftsvertretern/-innen fortgesetzt werden. Positiv ist schließlich die Bereitschaft der Bremer Aufbau-Bank, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) im Verbund mit den Hausbanken bei der Refinanzierung von Krediten zu unterstützen.

Wegen des durch verschlechterte Entwicklungs- und Ergebnisaussichten für KMU dennoch absehbar erschwerten Zugangs zum Kapitalmarkt muss ein ausreichendes Beratungsangebot sichergestellt sein.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass

- a) eine tiefgreifende Reform der Finanzmärkte umgesetzt wird, der Finanzsektor sich auf die Erbringung von Finanzdienstleistungen für die Realwirtschaft konzentriert und die Banken einen höchstmöglichen Beitrag zur Lösung der Finanzkrise leisten sowie
 - b) die Erbringung angemessener Gegenleistungen und Verpflichtungen der Banken strikt kontrolliert wird.
2. Der Senat wird gebeten sicherzustellen, dass das Land Bremen von einem Investitionssonderprogramm des Bundes insbesondere im Bereich der Infrastruktur profitiert, ohne dadurch finanziell überfordert zu werden.
 3. Der Senat wird aufgefordert, sich für den Erhalt des Drei-Säulen-Modells des deutschen Finanzsystems (Geschäftsbanken, Volks- und Raiffeisenbanken, Sparkassen und Landesbanken) einzusetzen und sicherzustellen, dass die Bremer Landesbank in ihrer Rechtsstruktur erhalten bleibt und nicht durch Fehlspekulationen anderer Landesbanken gefährdet wird.
 4. Der Senat möge der Bürgerschaft (Landtag) zur nächsten Sitzung darlegen, welche bereits beschlossenen Investitionen des Doppelhaushalts 2008/2009 gegebenenfalls vorgezogen werden können, um die Wirtschaftsentwicklung durch Nachfrage zu stützen.
 5. Der Senat wird gebeten,
 - a) bei den im Land ansässigen Kammern spezifische Beratungsangebote zur Unterstützung von KMU beim Zugang zu notwendigen Kapitalmitteln einzufordern,
 - b) sich auf Bundesebene für eine Verbesserung des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes (Verbraucherberatung) einzusetzen und
 - c) der Bürgerschaft (Landtag) kurzfristig zu berichten, welche Maßnahmen zum Schutz von KMU und Verbrauchern/-innen mit welchen Wirkungen im Land Bremen ergriffen wurden.

Helga Ziegert, Max Liess,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Dr. Hermann Kuhn,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen